

# **Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) – Mast 58n bis Mast 11E/17E**

Fachliche Erwidernng der Stellungnahme des  
Wasserverbandes Strausberg-Erkner im  
Rahmen des Antrags auf wasserrechtliche  
Erlaubnis

Erstellt im Auftrag:

**E.DIS Netz GmbH**

**Langewahler Straße 60**

**15517 Fürstenwalde/Spree**

**e.dis**



**FROELICH & SPORBECK**  
UMWELTPLANUNG UND BERATUNG

<b>Verfasser</b>	<b>FROELICH &amp; SPORBECK GmbH &amp; Co. KG</b>
<b>Adresse</b>	Niederlassung Potsdam
	Tuchmacherstraße 47
	14482 Potsdam
<b>Kontakt</b>	T +49.331.70179-0
	F +49.331.70179-19
	potsdam@fsumwelt.de
	www.froelich-sporbeck.de

<b>Projekt</b>	
<b>Projekt-Nr.</b>	BB-203002
<b>Status</b>	Endfassung
<b>Datum</b>	08.12.2020

<b>Bearbeitung</b>	
<b>Projektleitung</b>	Dipl. Ing. Hanka Weidenmüller
<b>Bearbeiter/in</b>	Dipl. Ing. Hanka Weidenmüller
	M.Sc. Philipp Swertz
	Dipl.-Geoökol. U. Schenke
<b>Freigegeben durch</b>	Dipl. Geoökol. Frank Glaßer (Geschäftsführer)



Inhaltsverzeichnis		Seite
<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
1.1	Anlass und Aufgabenstellung	4
<b>2</b>	<b>Schutzziele gem. Trinkwasserschutzzonenverordnung</b>	<b>4</b>
2.1	Vorhabenrelevante Verbote innerhalb der Schutzzone IIIB	4
2.2	Wirkfaktoren in Bezug auf die Verbote der Schutzgebietsverordnung	5
2.2.1	Baubedingte Wirkfaktoren	5
2.2.2	Anlagebedingte Wirkfaktoren	5
2.2.3	Betriebsbedingte Wirkfaktoren	5
2.3	Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung	6
2.4	Einschätzung der Vereinbarkeit mit der Schutzgebietsverordnung	7
<b>3</b>	<b>Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot gem. EU-WRRL</b>	<b>8</b>



# **1 Einleitung**

## **1.1 Anlass und Aufgabenstellung**

Im Rahmen der Modernisierung des Leitungsnetzes der E.DIS Netz GmbH ist die 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg) vom Anschlusspunkt in Hartmannsdorf (Maste 57 und 58 der 110-kV-Freileitung Storkow-Niederlehme-Wildau 1 (HT2024)) bis einschließlich Mast 11E sowie Mast 17E zu ertüchtigen.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Vorhabens sind bauzeitliche Grundwasserhaltungen zur Gründung der Fundamente der neu zu errichtenden Masten vorgesehen. Für die hierfür notwendige Genehmigung hat der Vorhabenträger einen Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme von Grundwasser und anschließende Einleitung in Fließgewässer gestellt.

In der hier vorliegenden Unterlage werden die in der Stellungnahme des Wasserverbandes Strausberg-Erkner aufgeworfenen Fragestellungen

- Schutzziele der Trinkwasserschutzzonenverordnung
- Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot gem. EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) bzw. Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

zusammenfassend erwidert. Die maßgeblichen Inhalte wurden den Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren und dem Antrag auf vorzeitigen Baubeginn entnommen.

Innerhalb der Trinkwasserschutzzone Erkner, Wasserfassungen Neu-Zittauer und Hohenbinder Straße sollen mehrere Maste (14E bis 16E) zurückgebaut und ein Mast (17E) neu errichtet werden. Eine Erdverkabelung innerhalb des Trinkwasserschutzgebietes ist nicht vorgesehen.

## **2 Schutzziele gem. Trinkwasserschutzzonenverordnung**

Nachfolgend wird die Vereinbarkeit des Vorhabens mit der Verordnung (VO) zur Festsetzung des Wasserschutzgebiets vom 21. März 2019 (GVBl.II/19, [Nr. 24]) besonders bezüglich der darin festgelegten Verbote in der Schutzzone IIIB geprüft.

### **2.1 Vorhabenrelevante Verbote innerhalb der Schutzzone IIIB**

Gemäß § 3 der Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Erkner bestehen die nachfolgend aufgeführten vorhabenbedingten Verbote innerhalb der Schutzzone IIIB des WSG:

- (19) Aufschlüsse der Erdoberfläche im Sinne des § 49 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, selbst wenn das Grundwasser nicht aufgedeckt wird, wie zum Beispiel das Errichten und Erweitern von Kies-, Sand- oder Tongruben, Steinbrüchen, Übertagebergbauen oder Torfstichen, wenn die Schutzfunktion der Deckschichten hierdurch wesentlich gemindert wird, ausgenommen das Errichten von Kleingewässern bis 100 Quadratmeter,
- (27) Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes außerhalb von zugelassenen Anlagen, Vorrichtungen und Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist [...],



## **2.2 Wirkfaktoren in Bezug auf die Verbote der Schutzgebietsverordnung**

Grundlage für die Ermittlung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit der WSG VO bilden die nachfolgend beschriebenen Wirkfaktoren. Diese lassen sich ursächlich in baubedingt, anlagebedingt und betriebsbedingt unterscheiden. Wirkfaktoren, die in keinem Zusammenhang mit den Verboten der Schutzgebietsverordnung stehen, werden an dieser Stelle nicht mitberücksichtigt.

### **2.2.1 Baubedingte Wirkfaktoren**

Die baubedingten Wirkfaktoren des Vorhabens stehen in Zusammenhang mit der Herstellung / Einrichtung und Nutzung der Baubetriebsflächen und Baustellenzuwegungen sowie mit dem Einsatz von Baumaschinen /-geräten und Transportfahrzeugen. Die relevanten bauzeitlichen Wirkfaktoren für das Bauvorhaben lassen sich dabei abgrenzen in:

- Grundwasserabsenkungen (Maststandorte)
- ggf. wassergefährdende Schadstoffeinträge ins Grundwasser (durch Fahrzeuge, Maschinen, Tropfverluste usw.)
- Bodenaushub und Umlagerung von Boden zur Herstellung der Fundamente
- Lagerung von Boden und Baumaterialien auf der Erdoberfläche
- Betankung von langsam fahrenden Fahrzeugen und stationären Anlagen innerhalb der Schutzzone IIIB des WSG.

### **2.2.2 Anlagebedingte Wirkfaktoren**

Durch die Errichtung der neuen Masten einschl. deren Fundamente werden keine anlagebedingten Wirkungen ausgelöst. Im Zuge der Herstellung der Fundamente kommen Baustoffe zum Einsatz, die in ihrer Zusammensetzung so gewählt sind, dass die Voraussetzungen für die Einhaltung der Schutzziele des Trinkwasserschutzgebietes gewährleistet werden.

### **2.2.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren**

Durch den Betrieb der Freileitung werden keine relevanten Wirkungen verursacht.



## 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung

Im Zuge der Vorhabenplanung wurden bereits technische und projektimmanente Vermeidungsmaßnahmen festgelegt, welche zu einem Schutz des Grundwassers führen. Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen dienen dem Schutz des Grundwassers innerhalb der Schutzzone IIIB.

### Allgemeine Regelwerke und Richtlinien

Die ordnungsgemäße Abwicklung der bauzeitlichen Abläufe sowie die konsequente Anwendung von Normen, technischen Regelwerken und Ausführungsvorgaben (DIN-Normen, allgemeine Verwaltungsvorschriften, Richtlinien) ist vorauszusetzen. Hierzu zählen insbesondere

- DIN 18300 und 18915 (Bodenarbeiten)

### Technische Rahmenbedingungen zur Minimierung von Beeinträchtigungswirkungen

Bereits im Zuge der technischen Planung wurden einzelne Beeinträchtigungswirkungen minimiert oder vermieden. Folgende Rahmenbedingungen werden hier wirksam:

- Abfälle/Abwasser: Vermeidung des Anfalls betriebsbedingter Abfälle und Abwässer einschließlich fachgerechter Entsorgung von Altöl und Schmierstoffen,
- Geordnete Baustellenführung zur Vermeidung von Schadstoffeinträgen in Boden und Wasser,
- Beschränkung der bau- und anlagebedingten Flächeninanspruchnahme auf das notwendige Maß bzw. unterhalb der vorhandenen Wegeflächen.

Für die Ertüchtigung der 110-kV-Leitung ist ein landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt worden, der ebenfalls Maßnahmen festlegt, die dem Schutz des Grundwassers in der Schutzzone IIIB dienen:

## V 4 Bodenschutz und sachgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Die Maßnahme dient zum einen dem Schutz des Oberflächen- und Grundwassers vor baubedingten nachteiligen Veränderungen gemäß § 5 Abs. 1 WHG. Im Rahmen der Maßnahme werden alle potenziell wassergefährdenden Betriebsstoffe (z. B. Öle, Fette, Treibstoffe) sachgemäß gelagert und eingesetzt. Die Lagerung der wassergefährdenden Betriebsstoffe erfolgt ausschließlich außerhalb des WSG „Erkner, Wasserfassungen Neu Zittauer und Hohenbinder Straße“.

Langsamfahrende Fahrzeuge, stationäre Maschinen und Geräte werden auf der Baustelleneinrichtungsfläche [...] über einer als Zwischen-Sammelfläche ausgebildeten Schutzfolie betankt. Havariemittel (z. B. Folien, Ölbindemittel) werden in ausreichender Menge vorgehalten. Die anfallenden Abfallstoffe/Abwässer werden täglich ordnungsgemäß entsorgt. Die Maßnahmen erstrecken sich über die gesamte Bauzeit.

Die Maßnahme dient zudem dem Schutz des in Teilbereichen des Baufeldes abgetragenen Mutterbodens vor baubedingten schädlichen Bodenveränderungen gemäß § 4 Abs. 1 BBodSchG.

Die Maßnahme beinhaltet, den abgetragenen Mutterboden entsprechend DIN 18300 / 18915 in Trapezmieten mit einer Höhe bis 2,0 m, möglichst im Schatten und abseits des Baubetriebes zu lagern. Die Mieten werden nicht befahren oder anderweitig verdichtet. Sie werden vor Vernässung, Verunkrautung und sonstiger Verunreinigung geschützt. Bei einer Zwischenlagerung von längerer Dauer (mehr als 6 Monate) wird eine Zwischenbegrünung vorgenommen. Die bauzeitlich beanspruchten Flächen werden rekultiviert, indem der Unterboden gelockert und der zwischengelagerte



Mutterboden wieder angedeckt wird. Alle Bewegungen des Mutterbodens werden nicht bei nasser Witterung durchgeführt.

Mutterbodenabtrag und -aufmietung erfolgen mit Baubeginn, die Wiederandeckung unverzüglich nach Bauende.

Zusätzlich zu den o.g. Maßnahmen werden die folgenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers der Zone IIIB des WSG für das Wasserwerk Erkner vorgeschlagen:

- Im Rahmen der Herstellung der Mastfundamente werden keine auslaugbaren Materialien, wie z.B. Bauschutt oder Teer verwendet.
- Die sonstigen eingesetzten Baumaterialien (z.B. Materialien zur Herstellung der Sauberkeitsschicht, Betonmischungen, Armierungen etc.) werden so gewählt, dass von ihnen keine Grundwassergefährdung / kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser ausgeht.
- Für die mobile Betankung sind besondere Vorkehrungen zu treffen, u.a. Erstellung eines Haftvariemaßnahmenplanes mit Festlegungen zu Ad-hoc Maßnahmen zur Schadensminimierung.

Durch die bauzeitlich notwendigen Grundwasserabsenkungen werden Menge und Güte des Grundwassers nicht nachteilig beeinflusst, sodass an dieser Stelle keine weiteren Maßnahmen formuliert werden.

## **2.4 Einschätzung der Vereinbarkeit mit der Schutzgebietsverordnung**

Ein Eintreten der Verbote hinsichtlich des Eintrags von wassergefährdenden Stoffen oder auslaugbaren Materialien gem. § 3 (27) kann durch die in Kapitel 2.3 dargestellten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der Wirkfaktoren sicher vermieden werden. Durch die genannten Maßnahmen ist ebenfalls eine Lagerung von Bodenmieten, Bodenaushub bzw. Baggergut möglich.

Die grundsätzlichen Verbote Aufschlüsse herzustellen lassen sich vor dem Hintergrund der geplanten Baumaßnahmen nicht durch Maßnahmen verhindern. Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten gem. § 3 (19) befindet sich in den Verfahrensunterlagen unter Punkt 5.0.4 Mitzuentscheidende Genehmigungen.

Vor dem Hintergrund der Wirkfaktoren und der formulierten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen wird das Vorhaben als vereinbar mit der Schutzgebietsverordnung des Trinkwasserschutzgebiets für das Wasserwerk Erkner, Wasserfassungen Neu Zittauer und Hohenbinder Straße angesehen. Über die Befreiung und möglicherweise weitere Auflagen beim Bau entscheidet die Wasserbehörde.



### 3 Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot gem. EU-WRRL

Nachfolgend werden die wesentlichen Inhalte der Unterlagen, die für das Planfeststellungsverfahren bezüglich des Verschlechterungsverbots und Verbesserungsgebots gem. EU-WRRL erstellt wurden, zusammenfassend dargestellt:

Die Überprüfungen der Vorhabenauswirkungen ergaben, dass der Oberflächenwasserkörper Oder-Spree-Kanal weder direkt durch beispielweise Absenkttrichter noch indirekt durch beispielsweise Einleitungen betroffen ist.

Der Oberflächenwasserkörper Spree wird flächenmäßig nicht durch das Vorhaben beansprucht. Er ist nur indirekt durch Einleitungen des gelenzten Bauwassers betroffen. Da die Einleitungen allerdings zunächst in nicht berichtspflichtige Grabensysteme erfolgen, sind durch den bereits erfolgten Fließweg und die eingetretene Verdünnung bzw. Möglichkeit zur Sedimentation ebenfalls keine verschlechternden Auswirkungen auf den Oberflächenwasserkörper Spree zu erwarten.

Der Grundwasserkörper Untere Spree ist vor allem durch die Grundwasserentnahmen vom Vorhaben betroffen. Die Auswirkungen führen durch die zeitliche Beschränktheit des Vorhabens nicht zu einer Verschlechterung des mengenmäßigen oder chemischen Zustands des Grundwasserkörpers Untere Spree.

Die vertiefende Betrachtung ergibt für die Grund- und Oberflächenwasserkörper bei Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und Einhaltung aller einschlägigen DIN-Normen und Regelwerke sowie nach Umsetzung ergänzender, wasserrechtlich wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung einer Verschlechterung keinen Anhaltspunkt für vorhabenbedingte Verschlechterungen der Zustandsstufen einzelner oder mehrerer Qualitätskomponenten.

Für die betrachteten Oberflächenwasserkörper, entsprechend der in Anhang V WRRL festgelegten und in § 5 Abs. 4 und 5 OGewV umgesetzten Rechtswirkung der einzelnen Qualitätskomponentengruppen, heißt dies:

- Eine Verschlechterung tritt nicht ein, da sich keine Zustandsklasse mindestens einer biologischen Qualitätskomponente verschlechtert.
- Eine Verschlechterung des chemischen Zustands kann durch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.
- Eine Verschlechterung der Zustandsklasse der allg. chemisch-physikalischen Parameter nach § 7 OGewV tritt nicht ein und somit auch keine Verschlechterung der Zustandsklassen der biologischen Qualitätskomponente.
- Eine Verschlechterung des ökologischen Zustands bzw. Potenzials liegt ebenfalls nicht vor, da infolge des Vorhabens keine Umweltqualitätsnorm für einen flussgebietsspezifischen Schadstoff (Anlage 6 OGewV) überschritten wird.

Auch im Hinblick auf Grundwasserkörper können unter der Voraussetzung der lückenlosen Einhaltung der einschlägigen DIN-Normen und der Umsetzung der zusätzlichen Maßnahmen Verschlechterungen des Zustands ausgeschlossen werden.

Für den betrachteten Grundwasserkörper heißt dies:





- Durch den Ausschluss von Schadstoffeinträgen nach § 7 Abs. 2, § 5 Abs. 1 oder 2 in Verbindung mit Anlage 2 GrwV erfolgt keine Verschlechterung des chemischen Zustands des Grundwasserkörpers
- Eine Verschlechterung des mengenmäßigen Zustands eines Grundwasserkörpers in Bezug auf jedes in § 4 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 Buchst. a) bis d) GrwV aufgeführte Kriterium kann ausgeschlossen werden.

Das Verschlechterungsverbot nach § 27 (1) Satz 1 WHG, wonach oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften sind, dass eine Verschlechterung ihres ökologischen und chemischen Zustands bzw. Potenzials vermieden wird, kann durch das Vorhaben somit eingehalten werden. Des Gleichen wird das Verschlechterungsverbot des § 47 (1) Satz 1 WHG, wonach eine Verschlechterung des mengenmäßigen und chemischen Zustands des Grundwassers zu vermeiden ist, eingehalten.

Auch das Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG und § 47 Abs. 1 Nr. 3 sowie das Trendumkehrgebot für das Grundwasser nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 WHG werden eingehalten. Somit werden keine Maßnahmen, welche zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele geplant sind, verzögert und verhindert (Zielerreichungsgebot) bzw. das allgemeine Verbesserungsgebot zur Zielerreichung des guten Zustands wird berücksichtigt. Auch potenziell abnehmende Schadstofftrends im Grundwasserkörper werden nicht oder nicht signifikant umgekehrt.

